

INHALT

- AOK schreibt weitere Rabattverträge aus
- Zyprien will Entwurf für Patientengesetz vorlegen
- EU-Verordnung: Gesetzliche Krankenkassen plädieren für Ampelkennzeichnung auf Lebensmitteln
- Altersteilzeit laut Arbeitgeberverbänden nur ein Wahlgeschenk

■ Kanzlerin lobt Gesundheitsfonds

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel will den **Gesundheitsfonds** über die Bundestagswahl hinaus erhalten. Sie prognostiziert, dass der Fonds eine lange Lebenserwartung hat. Er habe sich in der Krise bewährt, sagte die Bundeskanzlerin in einem Interview in der Septemberausgabe der „Apotheken Umschau“. Merkel weiter: „Ohne den Fonds würde eine Vielzahl von Kassen jetzt ihre Beiträge erhöhen. Das wäre für die Konjunktur in der Rezession absolutes Gift. Heute können wir, falls es nötig wird, Darlehen an den Gesundheitsfonds geben. Er ist sozusagen Teil unseres Konjunkturprogramms.“ Zugleich geht Merkel auf Distanz zu den gesundheitspolitischen Vorstellungen der Liberalen: „Die FDP-Modelle im Gesundheitssystem entsprechen für mich nicht dem Gedanken der sozialen Ausgewogenheit, und soziale Ungleichgewogenheit wird die Union nicht zulassen.“ Auch der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer lehnt die FDP-Vorstellungen ab. Er erklärte in der „Berliner Zeitung“: „Es wird mit uns keine neoliberale Politik geben.“ Der FDP-Parteivorsitzende Dr. Guido Westerwelle hatte in jüngster Zeit unter anderem für die Abschaffung des Gesundheitsfonds plädiert.

info: www.presseportal.de

■ AOK erzielt erheblichen Überschuss

Einen Überschuss von voraussichtlich rund 800 Millionen Euro hat die AOK-Gemeinschaft im ersten Halbjahr 2009 erzielt. Das geht aus Berechnungen des AOK-Bundesverbandes hervor. Angesichts dieser positiven Entwicklung ist Vorstandsvorsitzender Dr. Herbert Reichelt überzeugt, dass die Gesundheitskasse für das Gesamtjahr ein ausgeglichenes Finanzergebnis mit Einnahmen und Ausgaben von rund 66 Milliarden Euro erreichen wird. Der derzeitige Überschuss werde gebraucht, um die Ausgaben für sich schon jetzt abzeichnende finanzielle Belastungen zu decken. Zu diesen gehören weiter steigende Behandlungskosten und die Kosten für die Schweinegrippe-Schutzimpfung. Reichelt zeigt sich überzeugt davon, dass die AOK in diesem Jahr keine Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern erheben müsse. Stattdessen, so der Chef des AOK-Bundesverbandes, sei es der Gesundheitskasse möglich, allen Versicherten sichere Leistungen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu bieten. Als Erfolgsfaktor bezeichnete Reichelt das wirksame Kosten- und Leistungsmanagement der AOK, etwa durch die **Arzneimittelrabattverträge** und **Disease-Management-Programme** für chronisch Kranke.

info: www.aok-bv.de

ZUR PERSON



Heinz Kaltenbach, bisher stellvertretender Vorstandsvorsitzender des BKK-Landesverbandes Baden-Württemberg, wurde durch Beschluss der Gesellschafter zum Geschäftsführer der BKK Bundesverband GbR gewählt.



Christian Weber (links), wurde beim Verband der Privaten Krankenversicherung zum 1. Stellvertreter von Verbandsdirektor **Dr. Volker Leienbach** berufen. In dieser Funktion löst er **Sybille Sahmer** ab, die in den Ruhestand trat. Der promovierte Politikwissenschaftler **Timm Gennett (rechts)** leitet künftig das Berliner Büro der Organisation.

■ Neue Pharma-Rabattverträge ausgeschrieben

Das AOK-System hat eine weitere bundesweite Rabattvertragsrunde für **Arzneimittel** ausgeschrieben. Dabei geht es um insgesamt 87 Wirkstoffe mit einem jährlichen Umsatzvolumen von rund 1,4 Milliarden Euro. Von den neuen Vereinbarungen erhofft sich die Gesundheitskasse nach Angaben von Dr. Christopher Hermann, Vorstandsvize der AOK Baden-Württemberg und Verhandlungsführer der Gesundheitskasse für Rabattverträge, ein Einsparpotenzial von mehreren 100 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren. Die neuen Verträge sollen zum 1. Januar 2010 in Kraft treten und zwei Jahre gelten. Die Ausschreibung hat die AOK im Supplement zum **Amtsblatt** der Europäischen Union veröffentlicht. Die Angebotsfrist endet am 12. Oktober dieses Jahres. Zu den bedeutsamsten ausgeschriebenene Wirkstoffen zählen Pantoprazol, das die Magensäure senkt, und Venlafaxin, das zur Behandlung von Depressionen eingesetzt wird.

info: www.aok-gesundheitspartner.de/bundesverband/arzneimittel/

■ Austauschbarkeit von Arzneimitteln: AOK legt zwei Rechtsgutachten vor

Der Austausch wirkstoffgleicher Arzneimittel ist zulässig. Das geht aus Rechtsgutachten hervor, die der AOK-Bundesverband Ende August vorgestellt hat. „Wirkstoffgleiche Arzneimittel sind auch dann austauschbar, wenn das Indikationsspektrum nicht völlig identisch ist und keine numerisch identischen Packungsgrößen vorliegen“, fasste Dr. Christopher Herrmann die Ergebnisse zusammen. Hermann ist Vizevorsitzender der AOK Baden-Württemberg und Verhandlungsführer der AOK-Gemeinschaft in Sachen Rabattverträge. Der Fachanwalt Professor Alexander Ehlers kam in seinem Gutachten zu dem Schluss, dass Nachahmerprodukte (sogenannte **Generika**) in allen Anwendungsgebieten die gleiche Wirksamkeit aufweisen, für die das Referenzarzneimittel zugelassen wurde. Auch das Sicherheitsprofil sei identisch. Daher sei es nicht notwendig, dem einschlägigen Paragraph 129 Absatz 1 Satz 2 des Fünften **Sozialgesetzbuchs** eine enge Auslegung zu geben, zumal Generika bisweilen allein aus verfahrenstechnischen Gründen nicht für alle Anwendungsgebiete zugelassen würden. Dass auch die Anzahl der in einer Packung enthaltenen Tabletten eine **Substitution** nicht verhindert, zeigte Professor Thorsten Kingreen in seinem Gutachten. Er wies auf die Typologie der **Packungsgrößen** in N1, N2 und N3 hin. Identisch seien alle Packungen, die den gleichen Wirkstoff in gleicher Stärke aufwiesen und in die gleiche der drei Packungsgrößenklassen eingruppiert seien. Dazu Hermann: „Damit steht eindeutig fest: Eine 100er-Packung Omeprazol ist durch eine rabattierte 98er-Packung austauschbar.“ In der Vergangenheit hatten mehrere Pharmaverbände die Austauschbarkeit von Arzneimitteln mit gleichem Wirkstoff angezweifelt. Hintergrund der Diskussion sind die Rabattverträge der AOK.

info: www.aok-bv.de

■ Zypries will nach der Bundestagswahl ein Patientenrechtegesetz schaffen

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries will nach der Bundestagswahl ein **Patientenrechte**gesetz ausarbeiten lassen. Darin möchte sie unter anderem die Rechtsprechung der vergangenen Jahre zum Thema Arzthaftung aufgreifen und bündeln. Den Patienten deutlich mehr Rechte zuzugestehen, ist nicht geplant. Allerdings ist Zypries offen für eine Debatte über eine Änderung der Beweislast. Diese ist oft eine Schlüsselfrage in Arzthaftungsprozessen. Die Rechtsprechung hat in der jüngsten Zeit häufig bei groben **Behandlungsfehlern** die Beweislast vom Patienten auf den Arzt verlagert. Zu überlegen sei, ob die Beweislast auch schon bei einfachen Behandlungsfehlern beim Arzt liegen solle, so Zypries. In ihrem Gesetz will die Ministerin auch die Pflicht zur Dokumentation festschreiben: „Wir wollen regeln, was in den Krankenunterlagen festgehalten werden muss und dass sich Patienten und Hinterbliebene die Dokumentation ansehen können.“

info: www.bmj.bund.de

■ Schweinegrippe: Jeder kann sich impfen lassen

Jeder gesetzlich Versicherte kann sich gegen die Schweinegrippe **impfen** lassen. Darauf haben sich die gesetzlichen Krankenkassen und die Bundesregierung verständigt. Auch die Frage der Finanzierung ist geklärt: Die Kassen werden die Kosten für maximal 50 Prozent der gesetzlich Versicherten tragen. Das sind rund 35 Millionen Menschen. Lassen sich mehr Versicherte impfen, wird dies aus Steuermitteln bezahlt. Die Kassen übernehmen in diesem Jahr die Kosten für maximal 30 Prozent der Versicherten und 2010 für weitere 20 Prozent. Eine Rechtsverordnung hat außerdem die sogenannten Risikogruppen definiert. Das sind die Menschen, die möglichst zuerst geimpft werden sollen. Dazu gehören **chronisch Kranke**, Schwangere sowie Personen, die im Gesundheitswesen, bei der Polizei und der Feuerwehr tätig sind. Noch unklar ist, wie Bund und Länder ihren Anteil an den Lasten untereinander aufteilen. Der Impfstoff soll frühestens Ende September zur Verfügung stehen. Die Organisation der Impfung ist Sache der Länder.

info: www.aok-bv.de

KOMMENTAR

Wahlkampf, ich hör' dir trapsen! Es sind nur noch wenige Wochen, bis die Deutschen ihre neuen Volksvertreter wählen, und ausgerechnet jetzt fällt Bundesjustizministerin Brigitte Zypries ein, man müsse sich endlich einmal daran machen, die in der Tat ziemlich verstreuten Regelungen zum Thema Patientenrechte zusammenzutragen und in ein eigenes Gesetz zu gießen, handlich zum Nachlesen für jedermann. Jahrelang schon bestand ein gewisser Bedarf an einem solchen Gesetz, jahrelang haben Ministerialbeamte aus Zypries' Haus auf Veranstaltungen beredt dargelegt, warum ein solches Gesetz eigentlich nicht machbar ist. Wenn die Ministerin nun zu einem anderen Schluss kommt, um so besser. Wie auch immer das Werk schließlich aussehen wird: Augenmaß ist notwendig, auch in der sensiblen Frage der Beweislastumkehr. So wichtig eine Stärkung der Patientenrechte sein mag: Wenn Ärzte beim Operieren nur noch an ihr eigenes Risiko denken, ist auch niemandem gedient. Auf einem anderen Blatt steht eine weitere Frage, nämlich, ob Frau Zypries den Gesetzentwurf in ihrer Funktion als Bundesjustizministerin noch erleben wird. (ink)

■ GKV fordert Ampelkennzeichnung auf Lebensmitteln

Im Namen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hat der AOK-Bundesverband die Regierung aufgefordert, sich für eine Ampelkennzeichnung auf Lebensmitteln einzusetzen. In einem Brief an Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner und die zuständigen Bundestagsausschüsse plädieren die Kassen dafür, über eine von der Europäischen Union geplante Verordnung hinauszugehen. Diese würde nur Nährwertinformationen in Tabellenform zulassen. „Nur die Ampel bietet Verbrauchern einen schnellen Überblick, wie viel Fett, Zucker und Salz in einem Lebensmittel steckt“, erklärte Jürgen Graalman, Vorstand des AOK-Bundesverbandes. Das Europäische Parlament will sich im Dezember in erster Lesung mit der Verordnung befassen.

info: www.aok-bv.de

■ Zahl der Kranken wird stark steigen

Für eine Stärkung der Grundprinzipien der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hat sich der AOK-Bundesverband angesichts der erwarteten **Morbiditätsentwicklung** bis Mitte des 21. Jahrhunderts ausgesprochen. „Tendenzen zur Privatisierung des Krankheitsrisikos gefährden die Stabilität und den Zusammenhalt in der Bevölkerung“, warnte der Pressesprecher des AOK-Bundesverbandes, Udo Barske, auf einer Pressekonferenz in Berlin, bei der das Kieler Fritz-Beske-Institut für Gesundheits-System-Forschung (IGSF) eine neue Studie zur Gesundheitsversorgung vorstellte. Die Studie „Morbiditätsprognose 2050 – Ausgewählte Krankheiten für Deutschland, Brandenburg und Schleswig-Holstein“, in der das Institut die Morbidität für 22 Krankheiten hochrechnet, erwartet „gravierende Auswirkungen“ für das Gesundheitswesen, wenn in gut zehn Jahren „die geburtenstarken Jahrgänge die Altersgruppe der Alten“ erreichen. Die Planung für eine gesicherte Gesundheitsversorgung der heute 55-Jährigen müsse jetzt beginnen.

info: www.igsf.de/114_PM_lang.pdf

■ Erste Krankenkasse erhebt Zusatzbeitrag

Die erste Krankenkasse in Deutschland erhebt einen **Zusatzbeitrag**: Die rund 30.000 Mitglieder der Gemeinsamen Betriebskrankenkasse Köln (GBK) müssen ab dem 20. September einen Betrag von monatlich acht Euro zusätzlich entrichten. Die Regelung gilt rückwirkend zum 1. Juli. Bis zu acht Euro dürfen Krankenkassen erheben, ohne aufwändige Einkommensprüfungen vornehmen zu müssen. Kündigt eine Krankenkasse Zusatzbeiträge an, können ihre Mitglieder von ihrem Sonderkündigungsrecht Gebrauch machen.

info: www.gbk-koeln.de

■ Stiko weiter für HPV-Impfung

Die Ständige Impfkommission am Robert-Koch-Institut (Stiko) hat ihre Empfehlung zur Impfung gegen die für Gebärmutterhalskrebs verantwortlichen Humanen Papillomviren (HPV) erneuert. Die Impfung wirke gegen zwei HPV-Typen, die die Ursache von 70 Prozent aller Fälle von Gebärmutterhalskrebs seien. Das Gremium reagiert damit auf kritische Stimmen gegenüber der bereits vor einigen Monaten ausgesprochenen Empfehlung. Auch die Bundesregierung hält an der HPV-Impfung fest. Gegenüber der Grünen-Bundestagsfraktion bekräftigte das Kabinett auf Anfrage, dass klinische Studien der Impfung einen nahezu hundertprozentigen Schutz attestierten. Zweifel an der Impfung beruhten auf Missverständnissen und Darstellungsproblemen.

info: www.rki.de

■ Arbeitgeber sehen in längerer Altersteilzeit nur ein SPD-Wahlgeschenk

Die Forderung von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz nach einer Verlängerung der Altersteilzeit bis zum Jahr 2014 lehnt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) strikt ab. Die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit sollte nach Ansicht von Verbandspräsident Dr. Dieter Hundt wie vorgesehen Ende dieses Jahres auslaufen. Hundt warnte vor einem Rückfall in die überholte Frühverrentungspolitik, die falsche Anreize am Arbeitsmarkt setze. Die geförderte Altersteilzeit habe sich in der Vergangenheit erwiesenermaßen nicht als Beschäftigungsbrücke für Jüngere ausgewirkt. Sie schaffe keine Arbeitsplätze, sondern verursache hohe Kosten für die Beitragszahler.

info: www.bda-online.de

■ Zahnärzte: Abkehr vom Konfrontationskurs?

Eine wohnortnahe zahnmedizinische Versorgung und die freie Wahl des Zahnarztes durch gesetzlich krankenversicherte Patienten gehören zu den wichtigsten Forderungen des Berufsstandes vor der Bundestagswahl. Das wurde auf einem Forum des Informationszentrums Zahngesundheit, einer gemeinsamen Einrichtung der Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) des Landes, kürzlich in Heidelberg deutlich. Zwar warben Kammerpräsident Dr. Udo Lenke und KZV-Chefin Dr. Ute Maier dabei erwartungsgemäß für mehr Eigenverantwortung der Patienten bei der Vermeidung von Zahnkrankheiten. Dennoch unterschied sich für viele Teilnehmer der Tagung das vergleichsweise moderate Auftreten der beiden Zahnmediziner wohlthuend von den aggressiven Parolen des einst mächtigen Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte noch vor einigen Jahren.

info: www.zm-online.de



Vorschau

Ausgabe 9/2009

Weg zu fairen Pillenpreisen

Wirksame Medikamente sollen für alle Patienten bezahlbar bleiben. Die Krankenkassen brauchen daher mehr Spielraum für Verhandlungen mit den Herstellern. Katrin Nink und Helmut Schröder vom Wissenschaftlichen Institut der AOK skizzieren einen Weg zu fairen Pillenpreisen.

Hilfe für die Helfer

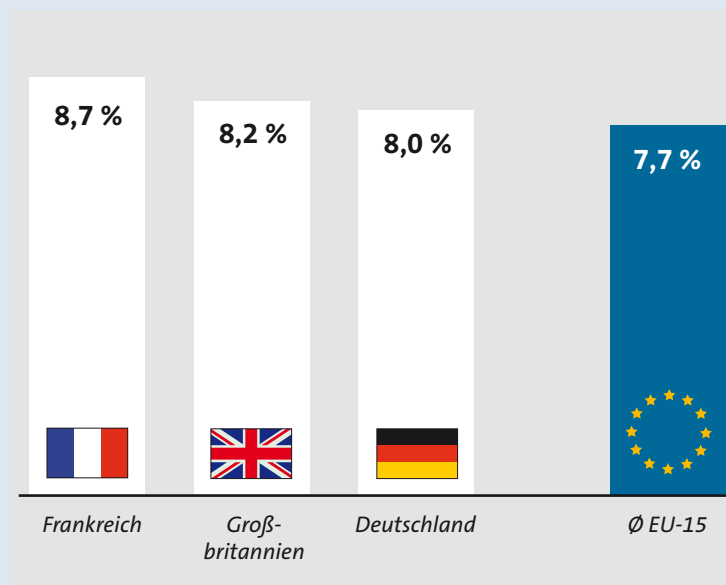
Sie sorgen sich um die Gesundheit anderer und vernachlässigen dabei häufig ihre eigenen Bedürfnisse: Pflegekräfte und Ärzte sind in besonderem Maße vom Burn-out-Syndrom bedroht. Wo und wie sie Hilfe finden, schildert die Berliner Journalistin Polly Schmincke.

Ein Mann für alle Fälle

Hessens neuer Gesundheitsminister Jürgen Banzer verfügt über vielfältige politische Erfahrungen – vom Landrat bis hin zum Chef eines Landesressorts. Der CDU-Politiker hat es sich zum Ziel gesetzt, ein weiteres Auseinanderdriften von Interessen im Medizinbetrieb zu verhindern. Ein Porträt des Ressortchefs zeichnet Wigbert Tocha.

Gesundheitsausgaben im Vergleich

Der Anteil der sozialstaatlichen Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt betrug 2006 ...



Quelle: Eurostat, Juni 2009

Die sozialstaatlichen Gesundheitsausgaben (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) lagen in Deutschland im Jahr 2006 geringfügig über dem Durchschnitt der Europäischen Union. Rechnet man die Beträge hinzu, die die Bürger im selben Jahr für Gesundheit ausgaben, betrug die sogenannte Gesundheitsquote 10,5 Prozent.

info: epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/

■ www.gesunde-wahl.de: Überblick über die Positionen der politischen Parteien

Welche Partei welche Ziele in der Gesundheitspolitik verfolgt, ist selbst für Fachleute nicht immer leicht auszumachen. Die Wissenslücke soll nun anlässlich der Bundestagswahl am 27. September ein Webspezial des AOK-Bundesverbandes mit dem Namen „Gesunde Wahl“ schließen. Es erläutert die Positionen der Parteien zu bestimmten gesundheitspolitischen Themen und nennt dabei auch die jeweilige AOK-Position. Außerdem gibt das Webspezial einen Überblick über das, was die Große Koalition in den vier Jahren ihrer Regierungszeit gesundheitspolitisch geleistet hat.

info: www.gesunde-wahl.de